



Gesprächsfaden für ein Gespräch von Vertretern der BI Grünes St. Magnus mit dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Christian Weber, am 3. Februar 2016 in der Bürgerschaft (2. Version)

(In der 2. Version wurden die Kritiken auf Seite 5 in einem Fußnotentext belegt.)

(1) Beginn:

- Wir **teilen die Bedenken** des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft aus seiner Neujahrsansprache über die zunehmende Entfernung der Politik bzw. der Politiker von den Bürgern und seine Sorge über die sich ausbreitende „Ohne mich!“-Haltung unter den Bürgern, das kann für die Demokratie nicht gut sein
- Das **Problem** aus unseren Erfahrungen in verschiedenen Bürgerinitiativen: ein tiefer werdender Graben zwischen Politikern und Bürgern in Bremen, Politik/Politiker gehen nicht mehr auf die Bürger ein, Politik diktiert zunehmend
- Das gemeinsame **Ziel** von Politik und Bürgern muss daher sein: Die Bürger werden zu einer „Mit mir!“-Haltung ermutigt
- Wir sind heute hier, damit der Präsident einen möglichst ungeschminkten, nicht-medialen **Situationsbericht aus Bürgermund** bekommt, und wir **gemeinsam nach Lösungen suchen**

(2) Unsere Erfahrungen in Bremen:

- **Politiker nehmen Bürger nicht ernst**

Beispiele:

- Bürgermeister Sieling beim Spatenstich-Tag am Bahnhofplatz, 26.8.2015, lächelnd in die RB-Kamera: „Naja, mit Protesten haben wir in Bremen ja unsere Erfahrungen.“

- Umwelt-Bausenator Lohse bei der Live-Radio-Sendung Nordwest unterwegs in der Bürgerschaft am 5.12.2013 zum Thema Bürgerbeteiligung am Ende unter vier Augen, nach Appell auf unsere Ideen zur Entwicklung des Knoops Park einzugehen, lächelnd/von oben herab: „Es geht doch bei Ihnen nur um die Bebauung der Billungstraße.“

- **Aber: Bürger haben im Nachhinein oft Recht gehabt!**

Beispiele:

- Mozarttrasse: Das Viertel ist heute eines der beliebtesten Bremer Wohnquartiere

- geplanter Abriss des Schnoors: Er gehört heute zu „Bremens guter Stube“

- Einkaufszentrum Haven Hööv: Bürger wollten Gelände maritim entwickeln, 7.500 Unterschriften wurden ignoriert, heute wird der Fehler oft eingestanden

- Bahnhofplatz: Hier wird es einmal sehr eng und ungemütlich werden

- A281: Warum geht man auf die alternativen Vorschläge der Bürger nicht ein?

- Knoops Park: Warum bekennt sich die Bremer Politik nicht zu diesem Kulturgut und nimmt die Ideen der Bürger zur Entwicklung eines Bremen-Norder Bürgerpark auf, gerade wenn sie mit 3000 Protestunterschriften die Lokal-Politiker dazu auffordern?

(3) Die großen, übergeordneten Probleme:

- **Problem Stadtentwicklung:**

Fragwürdige Prämissen und Investoren-gesteuerter Städtebau

Es ist fraglich, ob Bremen wachsen muss, und es ist fraglich, wie Bremen entwickelt werden sollte. Investoren haben öffentliche Interessen bei Stadtplanung und Stadtentwicklung nicht im Sinn, sondern einseitig kaufmännische/ökonomische. Öffentlicher Raum und die Individualität des Stadt, die identitätsstiftenden Orte gehen verloren. Notwendigkeit einer neuen Planungskultur, ohne langjährige Vorfestlegung, vor allem finanzieller Art (Bahnhofplatz, Knoops Park). Vorläufiger negativer Höhepunkt: Kühne und Nagel errichtet ohne städtebaulichen Wettbewerb einen Neubau und gestaltet so eigenmächtig den gemeinschaftlich genutzten Raum.

Wie es anders geht:

- Der Architekt und Stadtplaner Jan Gehl entwickelt Städte wie Kopenhagen, Barcelona, Melbourne mithilfe von aktiver Bürgerbeteiligung und der Frage: *Welches Stadtleben wollen wir zwischen den Häusern haben?*¹

- Der Architekturkritiker Dankwart Guratzsch betont, dass wir 1,7 Mio. Wohnungleerstände haben in Deutschland und weist darauf hin, dass neue Wohnungen nicht gebaut werden müssen und die Neubauten Energien vergeuden, die jedes Klimaziel ad absurdum führen.²

- **Problem: Politik stellt ihr Handeln in Bremen oft als alternativlos dar**

Gebetsmühlenartig wiederholt Politik öffentlich in Bremen das Mantra des Haushaltnotlages. In Wahrheit werden finanzpolitisch und mithilfe der Verwaltung im Hintergrund die Gleise still verlegt, es wird intransparent bezuschusst oder ausgetrocknet, je nach politischem Willen.

Beispiel:

- OTB Bremerhaven, vor kurzem im Petitionsausschuss, über 3000 Zeichner, Festhalten am Projekt für die Bürger nicht nachvollziehbar, Situation wurde nur andiskutiert, Bürger sind daran interessiert, wo ihre Steuergelder hingehen, bekommen aber nur oberflächliche Begründungen geboten. Am Ende heißt es nur zu oft: **Machtpolitik vor Sachpolitik.**

- **Problem: Politik betreibt Abschottung gegen Kritik**

Beispiele:

- Angriff von Rot-Grün auf das Petitionsrecht, ein Grundrecht, GG Artikel 17

- ausgesuchte, handverlesene Bürger bei institutionalisierter Bürgerbeteiligung.

„Bürgerbeteiligung von oben“

- Frau Dr. Schaefer sagt zu BI-Sprecher Olaf Brandtstaedte sinngemäß im Petitionsausschuss: „Sie stellen sich unter Bürgerbeteiligung zuviel vor, es geht nicht um Bürgermitbestimmung“

- **Problem: Debattenkultur**

Thomas Röwekamp (CDU) problematisiert zu politisch-korrekte Beiträge in der Bürgerschaft, man wolle sich nicht angreifbar machen und gehe nicht in Zuspitzungen (jüngst im „Buten un Binnen“-Interview). Dazu wird nach unseren

¹ Siehe: Deutschlandfunk-Reihe „Die Stadt planen“, Folge 3, Jan Gehl, der menschenfreundliche Architekt, DLF-Sendung vom 24.1.2016 unter www.dradio.de und „Essay und Diskurs“ zum Nachhören/Nachlesen

² Siehe: „Verbietet endlich das Bauen neuer Wohnungen!“ (Die Welt, 20.1.2016)

eigenen Erfahrungen in der Bürgerschaft dort oft zu giftig vorgetragen, gehöhnt, veräppelt usw., siehe (6). Der Bürger ist an keinem von beidem Extremen interessiert, sondern an einer fairen, offenen und sachorientierten Debatte. Präsident Lammert startete dazu vor kurzem eine Initiative im Deutschen Bundestag zu freier Rede.

(4) Bürgerbeteiligung in Bremen:

- **Problem: Vorfestlegung**

Projekte werden zu oft in kleinen, teilweise nicht-öffentlichen Kreisen eingefädelt, aufgrund von eher nicht komplexen Überlegungen

- **Problem: Vorverurteilung**

Der Bürger steht bei Politik und Verwaltung unter dem **Generalverdacht des Eigeninteresses**, er kann und will nicht über seinen „Vorgarten“ (Dr. Peter Beier, SPD, im „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte“ am 1.12.2015³) hinaus denken, sieht Allgemeinwohl bzw. Allgemeininteressen nicht, ist nur Partikularinteressent. Durchsetzung von fragwürdigen Projekten also oft durch Dogma und die Bürger diffamierendes Totschlag-Argument Beispiel: Der neue FNP wird von oben verkündet, da Innenverdichtung „vernünftig“ ist, egal, was die Bürger an bestimmten Orten davon halten.

- **Problem: Bürgerverdrossenheit der Politiker in Bremen,**

Es gibt kein Interesse an einem ernsthaftem, sachorientierten Austausch mit den Bürgern. Beispiele:

- Einladung und Ausladung unserer BI aus Grünen-Fraktion 2013

- FNP wurde von Senator Lohse von oben herab verkündet, im Juni 2013 im Rot-Kreuz-Krankenhaus, Bürgerfragen nur abgeheftet, nicht aufgegriffen

- **Problem: Senat hält seine Versprechen nicht.**

Der Senat erkennt 2012 an⁴:

„Anlässe, Formen, Verfahren und Intensität der Bürgerbeteiligung sollen weiterhin von den Bürgerinnen und Bürgern selbst wesentlich mitbestimmt werden. Politik und Verwaltung sind aufgerufen, offen und unterstützend darauf einzugehen. Dabei muss so früh wie möglich eingesetzt werden [sic!] Abwägungsprozesse müssen frühzeitig transparent dargestellt werden, um die Bürgerinnen und Bürger als lokale Expertinnen und Experten einzubinden. Sie kennen die Zusammenhänge, die möglicherweise von Planerinnen und Planern aus Büros oder Verwaltungen und selbst von Stadtteilpolitikerinnen und -politikern übersehen werden könnten.“

Doch das Handeln sieht dann anders aus. Politik will vorgeben, wie Bremen entwickelt wird, wo Beteiligung möglich ist und wo nicht.

³ Zu finden unter: ><http://www.buergerbeteiligungsausschuss.bremische-buergerschaft.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen235.c.8583.de>, >12. Januar 2016, >Protokoll der 2. Sitzung vom 1. Dezember 2015, Seite 10. Dort heißt es:

„Herr Beier weist darauf hin, bei der Bürgerbeteiligung darauf zu schauen, dass sich diese nicht nur auf den eigenen Vorgarten beziehen dürfe, sondern bei der einzufordernden Beteiligung auch das gesamtstädtische Interessen [sic!] einbezogen werden solle.“

⁴ Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung entwickeln“ vom 28.8.2012 siehe http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-210_S_556.pdf

- **Problem: Beiräte**

Der Senat erkennt 2012 an:

„Der Senat weist darauf hin, dass gerade die **Beiräte** in den 22 Stadt- und Ortsteilen der Stadtgemeinde Bremen ihre **Rolle als Motoren der Bürgerbeteiligung** nach der Neufassung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter verstärkt wahrnehmen sollen. Durch die Stärkung der Entscheidungsrechte der Beiräte haben die Bürgerinnen und Bürgern in den öffentlichen Sitzungen der Beiräte und deren Ausschüssen eine **wirksame Mitsprache** am Zustandekommen von Entscheidungen für ihren Stadtteil, mithin auf Senatsentscheidungen ihren Stadtteil betreffend. Auch die Möglichkeiten, zu bestimmten Themen Projektausschüsse einzusetzen, denen neben Beiratsmitgliedern auch Bürgerinnen und Bürgern angehören können, bieten eine Plattform für **Entscheidungsfindungen auf „Augenhöhe“**. Insofern sind auch die Beiräte gefragt, wenn es darum geht, insbesondere bei stadtteilbezogenen Themenstellungen Bürgerbeteiligungsformen zu initiieren und zu praktizieren. Bei dieser Aufgabe werden die Beiräte durch die Ressorts unterstützt.“

Doch das Handeln sieht dann anders aus. Politik redet vor Ort nicht offen mit seinen Bürgern, wie etwa in Burglesum. Wichtige Themen werden dort nicht offen und öffentlich im Beirat diskutiert sondern im Hinterzimmer eines nicht-öffentlichen Sprecherausschusses beraten und vorfestgelegt. Weicht ein Bürgerwille dann von dieser vorfestgelegten Meinung ab, so versuchen die Meinungsbildner der Ortspolitik, diesen Bürgerwillen als Partikularinteresse zu diffamieren und die Öffentlichkeit auf diese Weise hinters Licht zu führen.

(5) Knoop's Park, unsere Bürgerinitiative und die Ortspolitik in Burglesum

- **Problem: Machtpolitik vor Sachpolitik**

Bürger erläutern ihre Vorstellungen zur Entwicklung des Knoop's Park, berufen sich dabei auf Fach-Gutachten und 3000 Protest-Unterschriften.

Politiker gehen auf die Vorstellungen von BI und Bras e. V. zur Schaffung eines Naherholungsraumes „St. Magnuser Geest“ und ihre sachbezogenen, gesamtstädtischen Überlegungen nicht ein („Da wird gebaut, basta!“⁵), bringen ihnen eine **Blockadehaltung** entgegen, fertigen sie mit Schlagworten ab („Junge Familien ansiedeln“) und **diffamieren** sie jetzt öffentlich mit an den Haaren herbeigezogenen, konstruierten Vorwürfen.⁶

Sachliche Debatte in der Bürgerschaft, den Knoop's Park als Bremen-Norder „Bürgerpark“ und somit als weichen Standortfaktor zu entwickeln, von dem langfristig eine wirtschaftliche Bedeutung ausgeht? Beleuchtung der Situation von dieser Seite? Fehlanzeige.

Negativer Höhepunkt: Dr. Maike Schaefer belügt ihre Kollegen am 15.7.2014 in der Stadtbürgerschaft, denn die Fläche ist nicht größtenteils versiegelt und man kann sie leicht der Öffentlichkeit zugänglich machen.⁷

Problem: Fläche wurde bereits mit 1,7 Mio. Euro beliehen, für Übergang Gartenbauamt in Stadtgrün (= Vorfestlegung der Baulandgewinnung), wie der Umweltbetreib Bremen (UBB) am 15.10.2015 dies im Burglesumer Beirat der Öffentlichkeit mitteilte. Fachgutachten (Müller-Glaßl, 2006) zur Parkentwicklung wird ignoriert, Planungsziele der Umwelt-Bau-Deputation von 2008 (Sicherung und Weiterentwicklung des Knoop's Park, Steigerung der Landschaftserlebnisfunktion) werden nicht weiter verfolgt, Investoren-gesteuerte Planung mit massiver Wohnbebauung wird vorangetrieben.

⁵ Beiratssprecherin Bettina Hornhues (CDU) am 3.5.2013 im Sprecherausschuss zu den BI-Sprechern

⁶ Siehe: „Beirat bricht mit Bürgerinitiative“ (Die Norddeutsche, 21.1.2016)

⁷ Siehe www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen, >Pressemitteilung vom 6.12.2014, Anhang 4

(6) Fazit

Es besteht in verschiedenen Bereichen Bremens die starke Notwendigkeit eines Korrektivs. Wenn Bürgerinitiativen, Bürger und Sachverstand nicht gehört werden, Beispiele Bahnhofsplatz, Knoops Park und in der Bürgerschaft in entscheidenden Debatten nur unsachlich gehöhnt⁸ oder verlegen gestottert⁹ wird; wenn sogar die eigenen Abgeordneten-Kollegen belogen¹⁰ werden (die Fläche am Knoops Park ist **nicht** größtenteils versiegelt); **wie können dann vernünftige, tragfähige und sachrichtige Entscheidungen für das Allgemeinwohl entstehen?**

⁸ Man beachte die völlig unsachlich und mit viel Häme geführte Debatte zur Bebauung des Bahnhofsvorplatzes vom 25.2.2014 in der Stadtbürgerschaft, zu finden unter [>Plenarprotokoll PIPr 18/33 S vom 25.2.2014, Seite 1770 – 1778](#). Dort heißt es z. B. auf Seite 1776.

[...] **Präsident Weber:** Liebe Kollegen, lassen Sie doch die Kollegin Bernhard (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Nö!)

- Herr Kollege Dr. Güldner! – in Ruhe ihre Gedanken, entwickeln!

(Abg. Frau Bernhard [DIE LINKE]: Sie können sich gerne melden, und dann sagen Sie auch noch etwas dazu!)

Liebe Frau Kollegin, ich frage Sie, ob Sie eine Frage des Abgeordneten Werner zulassen.

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE): JA, bitte!

Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben gerade von etwas Luftigem, Grünem gesprochen, was schön wäre. Würden Sie uns die Freude machen, konkreter zu beschreiben, was da stattfinden soll? Was schwebt Ihnen vor? Ich verstehe es wirklich nicht. Sollen da Kleingärten angelegt werden,

(Zuruf von der CDU: Kaisenhäuser! - Abg. Frau Bernhard [DIE LINKE]: Kaisenhäuser, prima Idee!) oder wünschen Sie sich da einen Wald – oder Kaisenhäuser?

Abg. Bernhard (DIE LINKE): Nein, das war nicht ernst gemeint! Ich war gestern in Potsdam. Dort ist es durchaus möglich, kreativ mit Plätzen umzugehen. Sie werden es nicht für möglich halten, dort gibt es tatsächlich grüne Rabatten, Kioske, Parkbänke, praktisch kleine Angebote. Sie können auch gerne den Wurstpavillon von Martin Kiefert wieder draufstellen – das ist alles möglich -, aber doch nicht so einen Betonklotz! Es ist doch nicht praktisch das eine Unternehmen, und es gibt keine Alternativen.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat doch mit Imbissbuden nichts zu tun. Wir reden vom Bahnhofsvorplatz. Das wäre einmal ein interessanter Wettbewerb gewesen, und der kommt in Ihrer Fantasie und Vorstellung nicht vor. Das ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren! - Danke!

(Beifall bei der LINKEN) [...]

⁹ Man beachte die Beantwortung der Fragen der Abgeordneten Bernhard durch Senator Dr. Lohse am 15.7.2014 in der Stadtbürgerschaft zur Art der Bebauung am Knoops Park, zu finden unter [>www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen, >Pressemitteilung vom 6.12.2014, Anhang 3, von der BI Grünes St. Magnus erstelltes Transkript des Audio-Mitschnittes \(Anhang 4\)](#). Auf den Seiten 2 und 3 heißt es:

[...] **Claudia Bernhard:** Hmm. Meine Frage zielte darauf (Christian Weber: Frau Kollegin, ja bitte.), ja, wieviel Wohneinheiten, was für ein, was für ein Bau soll da hin? Wie präzise ist dieser Bebauungsdichte zu definieren? Das wüsste ich gern.

Senator Joachim Lohse: Ääh, 'ne das befindet sich im Moment im, ..., äähm, ..., Prozess, ich kann, .. (jemand pustet ins Mikrofon) .. Ihnen dazu jetzt, das, ..., ist ja eher in der Diskussion, also ich müsste das gegebenenfalls nochmal nachreichen, ..., ääh es geht um 'ne Wohnbebauung mit geringer Dichte an der Billungstraße.

Claudia Bernhard: Das heißt faktisch steht momentan nicht fest, wie viel Wohneinheiten das werden sollen. ... Ja, das ist meine Frage.

Christian Weber: Also, keinen Dialog. Bitte. Wir warten mal, ob der Senator das beantworten kann.

Senator Joachim Lohse: Ich will aber gern versuchen das Ihnen noch nachzureichen, ich kann Ihnen heute nicht mehr dazu sagen als das, was ich Ihnen gesagt habe. [...]

¹⁰ Man beachte, wie Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90 / Die Grünen) in der Stadtbürgerschaft am 15.7.2014 Senator Lohse zur Bebauung des Westrandes des Knoops Park rhetorische Scheinfragen stellt, bei denen Sie Ihre Abgeordneten-Kollegen über den wahren Sachverhalt belügt, zu finden unter [>www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen, >Pressemitteilung vom 6.12.2014, Anhang 3, von der BI Grünes St. Magnus erstelltes Transkript des Audio-Mitschnittes \(Anhang 4\)](#). Auf der Seite 3 heißt es dazu:

Maike Schaefer: [...] Vielen Dank. Herr Senator, äähm im Konzept der Innenentwicklung ist es doch so, dass ääh für Wohnbebauung gerade auch versiegelte Flächen eigentlich ääh vorrangig bebaut werden sollen. Ist es ääh nicht eigentlich auch genau bei dieser Fläche der Fall [?], das war ja vorher 'n Betriebsgelände des Umweltbetrieb Bremens, ist, dass äähm der Großteil dieser zu bebauenden Fläche versiegelt ist?